

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Herta Däubler-Gmelin, Hermann Bachmaier, Dr. Michael Bürsch, Peter Enders, Hans-Joachim Hacker, Alfred Hartenbach, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Dr. Eckhart Pick, Margot von Renesse, Richard Schuhmann (Delitzsch), Erika Simm, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

### **Zur Anordnung und Durchführung von Obduktionen nach der Strafprozeßordnung**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist die Zahl der in den vergangenen zehn Jahren vorgenommenen Leichenöffnungen nach § 87 StPO (aufgeschlüsselt nach Jahren)?
2. Unter welchen Voraussetzungen müssen, unter welchen Voraussetzungen dürfen Leichenöffnungen nach § 87 StPO angeordnet werden?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung Fälle, in denen Leichenöffnungen gemäß § 87 StPO trotz zweifelsfrei feststehender Todesursache, z. B. bei Verkehrsunfällen, durchgeführt werden?
4. Sind der Bundesregierung Klagen von Hinterbliebenen über die Art und Weise der Durchführung oder über den Umfang einer Leichenöffnung bekannt geworden?
5. Hält die Bundesregierung die Regelung des § 89 StPO für sachgerecht, nach der sich die Leichenöffnung, soweit es der Zustand der Leiche gestattet, zwingend auf die Öffnung von Kopf-, Brust- und Bauchhöhle zu erstrecken hat?
6. Welche sonstigen Regeln gelten für die Durchführung der Leichenöffnung, und wie wird die Beachtung dieser Regeln durch die handelnden Ärzte insbesondere in Fällen sichergestellt, in denen weder der Staatsanwalt noch der Richter der Leichenöffnung beiwohnen?
7. Wie wird insbesondere gewährleistet, daß im Rahmen der Obduktion nicht über den Zweck der Leichenöffnung, die Feststellung der Todesursache, hinaus – etwa zu nichtärztlichen Zwecken – zusätzliche Eingriffe an dem Verstorbenen vorgenommen werden?

8. Welche Bedeutung hat das verfassungsrechtliche Verhältnis-  
mäßigkeitsprinzip im Zusammenhang mit Anordnung und  
Durchführung von Leichenöffnungen?
9. Welche Rolle kommt in diesem Zusammenhang dem post-  
mortalen Persönlichkeitsschutz und dem Pietätsgefühl der  
Hinterbliebenen zu?
10. Welche besonderen Einschränkungen bestehen in Fällen von  
Verstorbenen, die Glaubensgemeinschaften angehören, die  
Obduktionen ablehnen?
11. Gilt der Grundsatz des § 6 des Transplantationsgesetzes, daß  
die Würde des Organspenders zu achten und sein Leichnam in  
würdigem Zustand zur Bestattung zu übergeben ist, für Fälle  
von Leichenöffnungen entsprechend?
12. Was geschieht mit den bei einer Leichenöffnung entnom-  
menen Leichenteilen, und trägt dieses Vorgehen den unter  
Nummer 9 aufgeführten Rechtsgütern nach Ansicht der Bun-  
desregierung hinreichend Rechnung?
13. Welche Rechtsschutzmöglichkeiten stehen den Hinterbliebe-  
nen hinsichtlich der Leichenöffnung
  - a) vor der Durchführung der Obduktion,
  - b) nach der Durchführung der Obduktion,
  - c) hinsichtlich der Art und Weise der Durchführung der Ob-  
duktionoffen?
14. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Schutz  
des postmortalen Persönlichkeitsrechts und des Pietätsgefühls  
der Hinterbliebenen im Hinblick auf Leichenöffnungen zu  
verbessern?
15. Hält die Bundesregierung insbesondere eine exaktere gesetz-  
liche Regelung der Voraussetzungen und der Durchführung  
von Leichenöffnungen für angebracht?
16. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf im Hinblick auf  
den Rechtsschutz der Hinterbliebenen?

Bonn, den 13. Mai 1998

**Dr. Herta Däubler-Gmelin**  
**Hermann Bachmaier**  
**Dr. Michael Bürsch**  
**Peter Enders**  
**Hans-Joachim Hacker**  
**Alfred Hartenbach**  
**Dr. Jürgen Meyer (Ulm)**

**Dr. Eckhart Pick**  
**Margot von Renesse**  
**Richard Schuhmann (Delitzsch)**  
**Erika Simm**  
**Ludwig Stiegler**  
**Dr. Peter Struck**  
**Rudolf Scharping und Fraktion**